

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 393

Der politische Streik im deutschen Arbeitskampfrecht

Dogmatische Entwicklungslinien von 1869
bis in die 1980er Jahre

Von

Amelie Weiser



Duncker & Humblot · Berlin

AMELIE WEISER

Der politische Streik im deutschen Arbeitskampfrecht

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Matthias Jacobs, Hamburg

Prof. Dr. Rüdiger Krause, Göttingen

Prof. Dr. Sebastian Krebber, Freiburg

Prof. Dr. Thomas Lobinger, Heidelberg

Prof. Dr. Markus Stoffels, Heidelberg

Prof. Dr. Raimund Waltermann, Bonn

Band 393

Der politische Streik im deutschen Arbeitskampsrecht

Dogmatische Entwicklungslinien von 1869
bis in die 1980er Jahre

Von

Amelie Weiser



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hat diese Arbeit
im Jahre 2025 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2026 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: rdz IMA GmbH, Bonn
Druck: Prime Rate Zrt., Budapest, Ungarn

ISSN 0582-0227
ISBN 978-3-428-19829-0 (Print)
ISBN 978-3-428-59829-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Inhaltsübersicht

Einleitung	27
I. Gegenstand der Untersuchung	27
II. Stand der Forschung	30
III. Gang der Untersuchung	31

Kapitel 1

Die heutige rechtliche Bewertung des politischen Streiks	32
A. Heutiger Meinungsstand zur Zulässigkeit des politischen Streiks	32
I. Herrschende Ansicht: Unzulässigkeit des politischen Streiks	32
II. Gegenansicht: Zulässigkeit des politischen Streiks	36
B. Zugrundeliegende dogmatische Einordnungen des Arbeitskampfrechts	40
I. Einleitung	40
II. Herrschende Ansicht: Hilfsfunktion des Arbeitskampfes bei der Verwirklichung der Tarifautonomie	40
III. Abweichende Einordnung: Der Streik als Ausdruck des grundgesetzlichen Selbstbestimmungsprinzips	43
C. Einordnung und Präzisierung des weiteren Untersuchungsgegenstandes	49

Kapitel 2

Historische Entwicklung der Diskussion um die Zulässigkeit des politischen Streiks	52
A. Die Einordnung des politischen Streiks vor Geltung des Grundgesetzes	52
I. Ziel der historischen Untersuchung	52
II. Der politische Streik unter Geltung von § 152 Abs. 1 GewO 1869 bis zum Aus- bruch des Ersten Weltkrieges (1869–1914)	52
III. Legislatorische Entwicklung der Koalitionsfreiheit und Einsatz politischer Streiks während des Ersten Weltkrieges (1914–1918)	78
IV. Der politische Streik unter Geltung der Weimarer Reichsverfassung (1919– 1933)	85
V. Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)	119
VI. Zusammenfassung der bisherigen historischen Betrachtung	120

B. Entwicklung der Diskussion um die Zulässigkeit des politischen Streiks unter Geltung des Grundgesetzes	121
I. Einleitung	121
II. Die Ausgangslage der einsetzenden Diskussion: Meinungsstand zur Zulässigkeit politischer Streiks bis 1951	122
III. Die Diskussion der 1950er Jahre um die Zulässigkeit des politischen Streiks	125
IV. Dogmatische Durchdringung des Arbeitskampfes in den 1960er und 1970er Jahren	201
V. Wiederaufleben der Debatte um den politischen Streik in den 1980er Jahren	254
VI. Überblick über die weitere Entwicklung seit den 1990er Jahren	299
VII. Zusammenfassung der Diskussion um den politischen Streik unter Geltung des Grundgesetzes	311

Kapitel 3

Auswertung der historischen Untersuchung	313
A. Einleitung	313
B. Die historische Bedeutung des politischen Streiks in Deutschland	313
I. Auftretende politische Streiks	313
II. Die historische Haltung der Gewerkschaften zum politischen Streik	315
C. Die Ursprünge und dogmatische Begründung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	317
I. Einleitung	317
II. Rekapitulation der wesentlichen Entwicklungsschritte der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	318
III. Die Ansätze zur dogmatischen Begründung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	324
IV. Die Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes als Argument gegen die Zulässigkeit des politischen Streiks	338
D. Die historische Entwicklung eines verfassungsrechtlichen Verständnisses der Arbeitskampffreiheit	341
I. Grundlegendes	341
II. Der ursprüngliche verfassungsrechtliche Ansatz in Rechtsprechung und Schrifttum	342
Zusammenfassung in Thesen	346
Anhang: Historische Gesetzestexte	349
Literaturverzeichnis	351
Internetlinks	406
Stichwortverzeichnis	407

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	27
I. Gegenstand der Untersuchung	27
II. Stand der Forschung	30
III. Gang der Untersuchung	31

Kapitel 1

Die heutige rechtliche Bewertung des politischen Streiks	32
A. Heutiger Meinungsstand zur Zulässigkeit des politischen Streiks	32
I. Herrschende Ansicht: Unzulässigkeit des politischen Streiks	32
1. Staatsorganisationsrechtliche Argumentation	32
2. Arbeitskampfrechtliche Argumentation	33
3. Folgerungen für die Zulässigkeit politischer Streiks	34
a) Verfassungsrechtliche Beurteilung	34
b) Einfachrechtliche Beurteilung	35
II. Gegenansicht: Zulässigkeit des politischen Streiks	36
1. Argumentation für die Zulässigkeit politischer Streiks	36
a) Grundlegendes	36
b) Der Streik als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Arbeitnehmer	36
c) Politischer Streik als Ausgleich der erhöhten Einwirkungsmöglichkeiten der Arbeitgeberseite	37
d) Umfassende Streikgarantien im internationalen und europäischen Recht	38
2. Folgerungen für die Zulässigkeit des politischen Demonstrationstreiks	39
B. Zugrundeliegende dogmatische Einordnungen des Arbeitskamps	40
I. Einleitung	40
II. Herrschende Ansicht: Hilfsfunktion des Arbeitskamps bei der Verwirklichung der Tarifautonomie	40
1. Funktionale Ausrichtung des Arbeitskamps auf die Tarifautonomie	40
2. Der politische Streik innerhalb dieser Arbeitskampskonzeption	43
III. Abweichende Einordnung: Der Streik als Ausdruck des grundgesetzlichen Selbstbestimmungsprinzips	43
1. Ablehnung der funktionalen Ausrichtung auf die Tarifautonomie	43

2. Argumentation anhand der verfassungshistorischen Entwicklung der Koalitionsfreiheit	45
3. Der politische Streik innerhalb dieser Arbeitskampfkonzption	48
C. Einordnung und Präzisierung des weiteren Untersuchungsgegenstandes	49

Kapitel 2

Historische Entwicklung der Diskussion um die Zulässigkeit des politischen Streiks	52
A. Die Einordnung des politischen Streiks vor Geltung des Grundgesetzes	52
I. Ziel der historischen Untersuchung	52
II. Der politische Streik unter Geltung von § 152 Abs. 1 GewO 1869 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1869–1914)	52
1. Überblick: Die Koalitions- und Streikfreiheit gem. § 152 Abs. 1 GewO 1869	52
2. Die Auslegung des § 152 GewO 1869 in der Rechtspraxis	56
a) Grundlegende Einordnung der Koalitions- und Streikfreiheit aus § 152 Abs. 1 GewO 1869 durch die Strafgerichtsbarkeit	56
b) Fehlende privatrechtliche Wirkung des § 152 Abs. 1 GewO 1869	58
c) Die Zulässigkeit politischer Streiks unter § 152 Abs. 1 GewO 1869	59
aa) Einleitung	59
bb) Abgrenzung von § 152 Abs. 1 GewO 1869 zum Versammlungs- und Vereinsrecht und Rückschlüsse für die Zulässigkeit politischer Streiks	60
(1) Reichweite des Koalitionszwecks des § 152 Abs. 1 GewO 1869 ..	60
(2) Rückschlüsse für die Zulässigkeit politischer Streiks	63
cc) Zwischenergebnis	63
d) § 152 Abs. 1 GewO 1869 in der Spruchpraxis der Zivilgerichte und Rückschlüsse auf die Zulässigkeit politischer Streiks	64
aa) Beurteilung von Arbeitskämpfen durch die Zivilgerichtsbarkeit	64
bb) Kreis der verfolgten Kampfziele	66
cc) Rückschlüsse auf die Zulässigkeit politischer Streiks	67
3. Der Entwicklungsstand der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	67
a) Einleitung	67
b) Begünstigende Faktoren für den Durchbruch des Tarifvertragswesens ab 1900	68
c) Fehlende Koppelung von Streik und Tarifvertrag	69
4. Die Auslegung des § 152 Abs. 1 GewO 1869 im zeitgenössischen Schrifttum	70
a) Grundlegendes	70
b) Reichweite des § 152 Abs. 1 GewO 1869 und politischer Streik	71
aa) Allgemeine Feststellungen zum politischen Streik	71
bb) Reichweite des § 152 Abs. 1 GewO 1869	72

5. Historischer Kontext: Die Debatte um den politischen Massenstreik in der deutschen Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts	73
6. Zwischenergebnis und Bewertung	77
III. Legislatorische Entwicklung der Koalitionsfreiheit und Einsatz politischer Streiks während des Ersten Weltkrieges (1914–1918)	78
1. Legislatorische Änderungen auf dem Gebiet der Koalitionsfreiheit	78
2. Politische Streiks in Deutschland ab 1916	81
a) Gesellschaftliche Hintergründe und Chronologie der politischen Massenstreiks	81
b) Rechtliche und politische Aufarbeitung der politischen Massenstreiks	84
3. Zwischenergebnis	85
IV. Der politische Streik unter Geltung der Weimarer Reichsverfassung (1919–1933)	85
1. Gang der Untersuchung	85
2. Beispiele politischer Streiks aus der Zeit der Weimarer Republik	86
a) Frühjahr 1919: Durchsetzung des Räteelements auf wirtschaftlicher Ebene	86
b) März 1920: Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches	87
aa) Einleitung	87
bb) Gewerkschaftliche Akteure	88
cc) Aufrechterhaltung des Generalstreiks nach Putschbeendigung	89
c) Sonstige politische Streiks	90
3. Weimarer Reichsverfassung und Streikfreiheit	91
a) Einleitung	91
b) Vorab: Das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918	92
c) Art. 165 Abs. 1 S. 2 WRV als mögliche Gewährleistungsnorm der Streikfreiheit	94
d) Art. 159 S. 1 WRV als mögliche Gewährleistungsnorm der Streikfreiheit	96
aa) Grundlegendes	96
bb) Koalitionszweck „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“	97
cc) Schutz der Streikfreiheit durch Art. 159 S. 1 WRV?	98
(1) Herrschende Ansicht	98
(2) Gegenansicht	100
e) Rückschlüsse für die Zulässigkeit des politischen Streiks unter Geltung der Weimarer Reichsverfassung	101
aa) Herrschende Ansicht	101
bb) Gegenansicht	102
4. Konkrete Positionierungen zum politischen Streik in Rechtsprechung und Literatur	102
a) Herrschende Arbeitskampfkonzepktion und Zulässigkeitschranken des Streiks	102

b) Positionierungen zum politischen Streik in der Rechtsprechung	105
aa) Grundlegendes	105
bb) Unterfallen des politischen Streiks unter den Arbeitskampfbegriff	106
(1) Arbeitskampf i. S. v. § 2 Abs. 1 Ziff. 1 ArbGG 1926	106
(2) Arbeitskampf i. S. v. § 13 Abs. 3 SchwBeschG 1923	106
(3) Aussperrung i. S. v. § 94 Abs. 1 AVAVG 1927	107
(4) Beurteilung der abweichenden Entscheidungen	108
cc) Zivilrechtliche Folgen der Teilnahme an einem politischen Streik	108
(1) Beurteilung im Kontext des Generalstreiks anlässlich des Kapp-Lüttwitz-Putsches	108
(2) Beurteilung im Kontext sonstiger politischer Streiks	109
dd) Bedeutung des Kampfziels außerhalb der Problematik des politischen Streiks	110
ee) Zwischenergebnis	110
c) Bewertung politischer Streiks in der Literatur	111
aa) Begriff des „politischen Streiks“	111
bb) Unterfallen des politischen Streiks unter den Arbeitskampfbegriff	111
(1) Enger Arbeitskampfbegriff	111
(2) Weiter gefasste Arbeitskampfbegriffe	112
(a) Kampfmittelorientierter Arbeitskampfbegriff	112
(b) Vermittelnde Auffassung	114
cc) Bedeutung des Kampfziels außerhalb begrifflicher Fragen	114
dd) Zivilrechtliche Fragestellungen bei Teilnahme an einem politischen Streik	115
ee) Sonstige Stellungnahmen zum politischen Streik	116
d) Rückschlüsse für die Bedeutung des Kampfziels und Entwicklungsstand der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	117
e) Zwischenergebnis	118
5. Zusammenfassung	118
V. Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)	119
VI. Zusammenfassung der bisherigen historischen Betrachtung	120
B. Entwicklung der Diskussion um die Zulässigkeit des politischen Streiks unter Geltung des Grundgesetzes	121
I. Einleitung	121
II. Die Ausgangslage der einsetzenden Diskussion: Meinungsstand zur Zulässigkeit politischer Streiks bis 1951	122
1. Grundlage der Streikfreiheit	122
a) Debatte um eine ausdrückliche Streikgarantie im Parlamentarischen Rat	122
b) Wiederanknüpfen an die Grundsätze der Weimarer Zeit	123
2. Erste Stellungnahmen zum politischen Streik	124

III. Die Diskussion der 1950er Jahre um die Zulässigkeit des politischen Streiks . . .	125
1. Einführung	125
2. Geplanter Streik der IG Metall und IG Bergbau im Streit um die Montanmitbestimmung in den Jahren 1950/51	125
a) Historischer Sachverhalt	125
b) Politische und gesellschaftliche Reaktionen	128
c) Die rechtliche Beurteilung des geplanten Streiks	129
aa) Einordnungen von Rolf Dietz, Heinrich Lehmann und Hans Carl Nipperdey	129
(1) Einleitung	129
(2) Stellungnahmen Rolf Dietz' und Heinrich Lehmanns	129
(3) Stellungnahme Hans Carl Nipperdeys	131
bb) Briefwechsel zwischen Konrad Adenauer und Hans Böckler	132
cc) Bewertung in der Rechtswissenschaft	134
(1) Verfassungsrechtliche Ebene	134
(2) Arbeitsrechtliche Ebene	135
d) Zwischenergebnis	137
3. Zweitägiger Streik der IG Druck und Papier gegen den Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes im Mai 1952 („Zeitungsstreik“)	137
a) Historischer Sachverhalt	137
b) Gesellschaftliche Reaktionen	141
c) Die rechtliche Beurteilung des Zeitungsstreiks	142
aa) Einleitung	142
bb) Die „Zeitungsstreikgutachten“	143
(1) Rechtsgutachten Ernst Forsthoffs und Alfred Huecks im Auftrag der BDA	143
(a) Verfassungsrechtliche Beurteilung Ernst Forsthoffs	143
(b) Zivilrechtliche Beurteilung Alfred Huecks	145
(2) Rechtsgutachten Wolfgang Abendroths und Ludwig Schnorr von Carolsfelds im Auftrag des DGB	147
(a) Verfassungsrechtliche Beurteilung Wolfgang Abendroths	147
(b) Zivilrechtliche Beurteilung Ludwig Schnorr von Carolsfelds	149
(3) Rechtsgutachten Hans Carl Nipperdeys im Auftrag der BDA	151
(a) Zivilrechtliche Bewertung Hans Carl Nipperdeys	151
(b) Einordnung: Folgen der Neuausrichtung der deliktsrechtlichen Haftung für Arbeitskämpfe durch Hans Carl Nipperdey	155
(aa) Grundlegende Positionswechsel Hans Carl Nipperdeys und mögliche Hintergründe	155
(bb) Reaktionen im Schrifttum und Übernahme durch die Rechtsprechung	157

cc) Beurteilung des Zeitungsstreiks in der Rechtsprechung	158
(1) Überwiegende Bejahung der Haftung	158
(2) Abweichende Ansicht des Landesarbeitsgerichts Berlin	161
(3) Fehlende höchstrichterliche Rechtsprechung	161
4. Schwerpunkte der nachfolgenden Diskussion über die Rechtmäßigkeit des politischen Streiks	162
a) Einleitung	162
b) Begriffliche Vorfrage: Abgrenzung zwischen politischem und nicht-politischem Streik	163
aa) Grundsätzliche Verneinung einer Abgrenzbarkeit	163
bb) Abgrenzung anhand der zu regelnden Materie	163
cc) Abgrenzung anhand des Forderungsadressaten	164
c) Staatsorganisationsrechtliche Diskussion	165
aa) Einleitung	165
bb) Grundsatz der Volkssouveränität sowie Unabhängigkeit und Repräsentationsfunktion des Parlaments	166
(1) Argumentation der Gegner des politischen Streiks	166
(2) Erwiderung der Befürworter des politischen Streiks	168
cc) Ausgleich der erhöhten Einwirkungsmöglichkeiten der Arbeitgeber ..	169
(1) Argumentation der Befürworter des politischen Streiks	169
(2) Erwiderung der Gegner des politischen Streiks	170
dd) Die Rolle des Staates im Arbeitskampf und die Reichweite der staatlichen Regelungsbefugnis	170
ee) Zulässigkeit der politischen Aussperrung als Konsequenz der Zulässigkeit des politischen Streiks	172
ff) Zusammenfassung der staatsorganisationsrechtlichen Diskussion	172
d) Arbeitskampfrechtliche Diskussion	173
aa) Einleitung	173
bb) Arbeitskampfrechtlicher Kontext: Beschluss des Großen Senats vom 28. Januar 1955, Az. GS 1/54	173
cc) Unterfallen des politischen Streiks unter den Arbeitskampf- und Streikbegriff	175
dd) Meinungsstand zur rechtlichen Grundlage der Streikfreiheit	177
(1) Einleitung	177
(2) Verfassungsrechtliche Gewährleistung durch Art. 9 Abs. 3 GG ...	177
(a) Bejahende Auffassungen	177
(b) Verneinende Auffassung	178
(3) Verfassungsrechtliche Gewährleistung durch Art. 2 Abs. 1 GG ...	179
(4) Alternative Begründungsansätze der Streikfreiheit unterhalb des Verfassungsrechts	180

ee) Reichweite der Streikfreiheit	182
(1) Einleitung	182
(2) Auffassung der Gegner des politischen Streiks	183
(a) Anforderungen an Kampfziel und Kampfgegner	183
(b) Entwicklungsstand der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	184
(aa) Meinungsstand im Schrifttum	184
(bb) Stellungnahmen in der Rechtsprechung	186
(cc) Sozialadäquanzlehre als maßgebliche Weichenstellung ..	187
(dd) Bedeutung des Meinungsstreits für die Beurteilung des politischen Streiks	187
(c) Dogmatische Begründung der inhaltlichen und personellen Ausrichtung der Streikfreiheit	187
(d) Fehlende Auseinandersetzung mit Art. 9 Abs. 3 GG	189
(3) Auffassung der Befürworter des politischen Streiks	190
(a) Argumentation auf Grundlage von Art. 9 Abs. 3 GG	190
(b) Ablehnung der historischen Argumentation der herrschenden Meinung	191
ff) Zusammenfassung der arbeitskampfrechtlichen Diskussion	192
e) Überblick über die strafrechtliche Beurteilung des politischen Streiks	193
5. Einordnung der Debatte in den historischen Kontext	194
a) Grundlegendes	194
b) Gründe für das Misstrauen gegenüber den Gewerkschaften	195
aa) Veränderte gewerkschaftliche Machtstrukturen infolge der Etablierung der Einheitsgewerkschaft	195
bb) Ost-West-Konflikt und geopolitische Blockbildung	197
c) Volkswirtschaftliche Erwägungen	198
6. Zusammenfassung der Debatte der 1950er Jahre	200
IV. Dogmatische Durchdringung des Arbeitskampfes in den 1960er und 1970er Jahren	201
1. Entwicklung im Verlauf der 1960er Jahre	201
a) Einleitung	201
b) Wandel der herrschenden Meinung in der Frage der verfassungsrechtlichen Gewährleistung des Arbeitskampfes	202
aa) Grundlegendes	202
bb) Einfluss der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und Standpunkt des Bundesarbeitsgerichts	203
cc) Begründung des Meinungswandels in der Literatur	205
(1) Funktionale Verknüpfung von Tarifautonomie und Arbeitskampf ..	205
(2) Neubewertung der Entstehungsgeschichte des Art. 9 Abs. 3 GG ..	207
(3) Einfügung von Art. 9 Abs. 3 S. 3 GG	208
dd) Arbeitskampf als Einrichtungsgarantie	209

c)	Auswirkungen auf die herrschende Arbeitskampfdogmatik	209
aa)	Funktionale Verknüpfung von Arbeitskampf und Tarifautonomie	209
bb)	Grenzen der Streikfreiheit	211
	(1) Anforderungen an das Kampfziel	211
	(2) Anforderungen an den Kampfgegner	213
cc)	Bedeutung von Art. 9 Abs. 3 GG bei Determinierung der Grenzen der Streikfreiheit	214
d)	Auswirkungen auf die rechtliche Beurteilung des politischen Streiks	215
aa)	Einleitung	215
bb)	Grundlegendes	216
	(1) Abgrenzung von politischem und arbeitsrechtlichem Streik	216
	(2) Entwicklung der staatsorganisationsrechtlichen Beurteilung und Frage der Verfassungswidrigkeit des politischen Streiks	217
cc)	Arbeitskampfrechtliche Zulässigkeit politischer Streiks	219
	(1) Unterfallen unter den Arbeitskampf- und Streikbegriff	219
	(2) Arbeitskampfrechtliche Beurteilung	220
	(3) In den 1960er Jahren neu hinzugetretene Argumente	221
	(a) Rückschlüsse aus Art. 9 Abs. 3 S. 3 GG	221
	(b) Völkerrechtliche Perspektive: Art. 6 Nr. 4 ESC	222
e)	Gegenstimmen zur herrschenden Arbeitskampfkonzption	222
aa)	Für die Zulässigkeit des politischen Streiks	222
bb)	Kritik an der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	223
cc)	Grundsätzliche Kritik an der Arbeitskampfkonzption des Bundesarbeitsgerichts	224
f)	Zusammenfassung der Entwicklung der 1960er Jahre	225
2.	Entwicklung im Verlauf der 1970er Jahre	226
a)	Einleitung	226
b)	Entwicklung der herrschenden Arbeitskampfkonzption	226
aa)	Art. 9 Abs. 3 GG als rechtliche Grundlage der Arbeitskampffreiheit	226
	(1) Literatur	226
	(2) Rechtsprechung von Bundesverfassungsgericht und Bundesarbeitsgericht	229
	(a) Bundesverfassungsgericht	229
	(b) Bundesarbeitsgericht	230
bb)	Dogmatische Begründungen der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes im Schrifttum	231
	(1) Begriffspaar der „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“	231
	(a) Restriktives Begriffsverständnis im Kontext des Arbeitskammerrechts	231
	(b) Weitergehendes Begriffsverständnis außerhalb des Arbeitskammerrechts	234

(2) Begründung der vertragsrechtlichen Deutung des Arbeitskampfes	234
cc) Reichweite der Arbeitskampffreiheit	237
(1) Abkehr von der Sozialadäquanzlehre	237
(2) Anforderungen an Kampfziel und Kampfgegner	239
dd) Kritik aus den Reihen des herrschenden Schrifttums selbst	240
ee) Beurteilung des politischen Streiks	242
(1) Einleitung	242
(2) Begriffliche Fragen	243
(3) Verfassungsrechtliche Bewertung jenseits von Art. 9 Abs. 3 GG	244
(4) Arbeitskampfrechtliche Beurteilung	245
c) Erneute Begründung einer Gegenkonzeption in den 1970er Jahren	246
aa) Einleitung	246
bb) Begründung des verfassungsrechtlichen Schutzes der Streikfreiheit	246
cc) Ablehnung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	248
dd) Beurteilung des politischen Streiks	250
(1) Grundlegendes	250
(2) Staatsorganisationsrechtliche Bewertung	250
(3) Selbstbestimmungspostulat als Beurteilungsmaßstab für die Rechtmäßigkeit eines Streiks	251
d) Zusammenfassung und Einordnung der Debatte der 1970er Jahre	252
V. Wiederaufleben der Debatte um den politischen Streik in den 1980er Jahren	254
1. Einleitung	254
2. Sachverhalte der geplanten politischen Streiks in den Jahren 1979 und 1986	255
a) Geplante Arbeitsniederlegung der Rundfunkmitarbeiter im Dezember 1979	255
aa) Sachverhalt und Hintergründe	255
bb) Beurteilung durch die Rechtsprechung	256
b) Demonstrationsstreiks gegen die Änderung des § 116 AFG im März 1986	257
aa) Sachverhalt und Hintergründe	257
bb) Beurteilung durch die Rechtsprechung	260
c) Mögliche Gründe für den erneuten Einsatz des politischen Streiks durch die Gewerkschaften	262
3. Entwicklung der Diskussion um die Zulässigkeit des politischen Streiks in den 1980er Jahren	262
a) Einleitung	262
b) Entwicklungen innerhalb der herrschenden Arbeitskampfkonzption	263
aa) Anerkennung des verfassungsrechtlichen Schutzes der Arbeitskampffreiheit durch das Bundesarbeitsgericht	263
bb) Funktionale Verknüpfung von Arbeitskampf und Tarifautonomie	265
cc) Ansätze zur dogmatischen Begründung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	267
(1) Einleitung	267

(2) Tarifvertrag und Arbeitskampf im System privatautonomer Rechtsgestaltung	268
(a) Verwirklichung der Richtigkeitsgewähr des Tarifvertrages	268
(b) Begründung der privatautonomen Deutung von Tarifautonomie und Arbeitskampf durch Eduard Picker	270
(3) Ausgestaltungsbefugnis des Gesetzgebers	273
(4) Vereinbarkeit der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes mit Art. 9 Abs. 3 GG und Auseinandersetzung mit der Gegenkonzeption	276
dd) Bestätigung der Zulässigkeitssschranken des Arbeitskampfes	277
(1) Anforderungen an das Kampfziel	277
(2) Anforderungen an den Kampfgegner	278
ee) Beurteilung des politischen Streiks	279
(1) Einleitung	279
(2) Grundlegendes und begriffliche Vorfragen	280
(3) Rechtliche Bewertung des politischen Streiks	281
(a) Verneinung der Gewährleistung durch Art. 9 Abs. 3 GG	281
(b) Verfassungsrechtliche Beurteilung jenseits von Art. 9 Abs. 3 GG	283
(c) Arbeitskampfrechtliche Beurteilung	284
(4) Grundlegende Kritik am Verständnis des Arbeitskampfes als Mittel der „Systemüberwindung“	286
c) Standpunkt der arbeitskampfrechtlichen Gegenkonzeption	287
aa) Grundlegendes	287
bb) Rechtsgrundlage und Rechtsqualität des Streikrechts aus Art. 9 Abs. 3 GG	287
cc) Reichweite der unmittelbar aus Art. 9 Abs. 3 GG abgeleiteten Streik- freiheit	288
(1) Ablehnung der Kernbereichsjudikatur des Bundesverfassungsge- richts	288
(2) Ablehnung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	289
(a) Wortlaut des Art. 9 Abs. 3 GG	289
(b) Zweck der Koalitionsfreiheit aus Art. 9 Abs. 3 GG	290
(c) Historische Entwicklung der Streikfreiheit und Entstehungsge- schichte des Art. 9 Abs. 3 GG	291
(d) Weitergehende Streikrechtsgewährleistungen im europäischen und internationalen Recht	293
(3) Positive Bestimmung der Reichweite der Streikfreiheit	293
dd) Beurteilung des politischen Streiks	294
(1) Grundlegendes	294
(2) Definition des politischen Streiks	295
(3) Rechtliche Bewertung des politischen Streiks	296
(a) Gewährleistung durch Art. 9 Abs. 3 GG	296

(b) Verfassungsrechtliche Gegenargumentation jenseits von Art. 9 Abs. 3 GG	297
(c) Arbeitskampsrechtliche Beurteilung	298
4. Zusammenfassung der Entwicklung der 1980er Jahre	298
VI. Überblick über die weitere Entwicklung seit den 1990er Jahren	299
1. Einleitung: Abschluss des grundlegenden Argumentations- und Meinungsbildungsprozesses in den 1980er Jahren	299
2. Überblick über die weitere Entwicklung der dogmatischen Begründungssätze der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	300
a) Einleitung	300
b) Tarifaufonomie und Arbeitskampf als Bestandteile eines privatrechtlichen Ordnungsmodells	301
aa) Grundlagen des privatrechtlichen Arbeitskampsystems	301
bb) Arbeitskampsrecht als vertragsrechtliches Gestaltungsrecht	303
cc) Konsequenzen für die Grenzen der Arbeitskampsfreiheit	303
dd) Beurteilung des politischen Streiks	305
ee) Bedeutung von Art. 9 Abs. 3 GG, insbesondere des Begriffspaares „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“	305
c) Kritik am rein vertragsrechtlichen Arbeitskampsverständnis	307
aa) Kritik an der privatautonomen Deutung der Tarifaufonomie	307
bb) Kritik an der Richtigkeitsgewähr des Tarifvertrages und der privatrechtlichen Deutung des Arbeitskampfes	307
d) Begründung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes mit der Ausgestaltungsbefugnis des einfachen Gesetzgebers	309
aa) Ausgangspunkt: Weites Verständnis des Koalitionszwecks	309
bb) Verhältnis von Koalitionszweck und Mittel der Koalitionszweckverfolgung	310
VII. Zusammenfassung der Diskussion um den politischen Streik unter Geltung des Grundgesetzes	311

Kapitel 3

Auswertung der historischen Untersuchung	313
A. Einleitung	313
B. Die historische Bedeutung des politischen Streiks in Deutschland	313
I. Auftretende politische Streiks	313
II. Die historische Haltung der Gewerkschaften zum politischen Streik	315
C. Die Ursprünge und dogmatische Begründung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	317
I. Einleitung	317

II.	Rekapitulation der wesentlichen Entwicklungsschritte der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	318
1.	Rechtslage unter Geltung von § 152 Abs. 1 GewO 1869	318
2.	Rechtslage unter Geltung von Art. 159 S. 1 WRV	318
3.	Entwicklung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes unter Geltung des Grundgesetzes	319
a)	Grundlegende Weichenstellung in den 1950er Jahren	319
aa)	Die Sozialadäquanzlehre als Grundlage der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	319
bb)	Rezeption der Sozialadäquanzlehre in Rechtsprechung und Schrifttum	320
cc)	Konnex der Sozialadäquanzlehre zur vertraglichen Privilegierung des Arbeitskampfes	321
b)	Etablierung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes in den 1960er Jahren	323
4.	Die Kritik der arbeitskampfrechtlichen Gegenkonzeption	323
III.	Die Ansätze zur dogmatischen Begründung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	324
1.	Einleitung	324
2.	Die Rolle des Art. 9 Abs. 3 GG bei Etablierung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	325
a)	Ursprüngliche Weichenstellung jenseits von Art. 9 Abs. 3 GG	325
b)	Die „Hilfsfunktion des Arbeitskampfes“ als dogmatische Grundlage der Konstituierung einer verfassungsrechtlichen Arbeitskampfgarantie	325
c)	Konsolidierung der Sozialadäquanzlehre mit Art. 9 Abs. 3 GG	326
3.	Begründungsmodelle der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes	327
a)	Einleitung	327
b)	Die historische Entwicklung der Streikfreiheit als Grundlage der Sozialadäquanzkriterien	328
aa)	Zusammenfassung dieses Ansatzes	328
bb)	Stellungnahme	328
c)	Nachträglich an Art. 9 Abs. 3 GG anknüpfende Begründungsmodelle	330
aa)	Einleitung	330
bb)	Restriktive Deutung des Begriffspaares der „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“	330
(1)	Zusammenfassung dieses Ansatzes	330
(2)	Stellungnahme	331
cc)	Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes als einfachrechtliche Ausgestaltung des Art. 9 Abs. 3 GG	332
(1)	Zusammenfassung dieses Ansatzes	332
(2)	Stellungnahme	333
d)	Privatrechtliche Deutung des Arbeitskampfes	334
aa)	Zusammenfassung dieses Ansatzes	334
bb)	Stellungnahme	335

4. Bewertung der unterschiedlichen Begründungsmodelle	336
IV. Die Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes als Argument gegen die Zulässigkeit des politischen Streiks	338
1. Grundlegendes	338
2. Verhältnis der staatsorganisationsrechtlichen und der arbeitskampfrechtlichen Bewertung des politischen Streiks	339
3. Enge der jeweiligen Argumentationsradien	340
D. Die historische Entwicklung eines verfassungsrechtlichen Verständnisses der Arbeitskampffreiheit	341
I. Grundlegendes	341
II. Der ursprüngliche verfassungsrechtliche Ansatz in Rechtsprechung und Schrift- tum	342
1. Einfluss der Kernbereichsrechtsprechung	342
2. Der Arbeitskampf als besondere Form der Koalitionsbetätigung	343
3. Divergenz zur Gegenauffassung	344
4. Fortschreiten des verfassungsrechtlichen Verständnisses der Arbeitskampf- freiheit	344
Zusammenfassung in Thesen	346
Anhang: Historische Gesetzestexte	349
 Literaturverzeichnis	 351
Internetlinks	406
Stichwortverzeichnis	407

Abkürzungsverzeichnis

ABl. KR	Amtsblatt des Kontrollrats der Alliierten in Deutschland (1945 bis 1948)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AfA	bis 1921: Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände
AfA	ab 1921: Allgemeiner freier Angestelltenbund
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AOG	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbR	Das Arbeitsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
ArbRGW	Das Arbeitsrecht der Gegenwart
ArchSozG	Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik
ArchSozWiss	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
ARWP	Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie
DBB	Deutscher Beamtenbund
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB-BBZ	Deutscher Gewerkschaftsbund in der britischen Besatzungszone
DJ	Die Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DRdA	Das Recht der Arbeit (<i>Österreich</i>)
DuR	Demokratie und Recht
GewG	Gewerbegericht
GewKaufmG	Gewerbe- und Kaufmannsgericht (<i>Entscheidungssammlung</i>)
GewMH	Gewerkschaftliche Monatshefte
GewO	Gewerbeordnung
GuT	Geist und Tat
HambGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HambJB	Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
Int. Rev. Soc. Hist.	International Review of Social History
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JbArbR	Jahrbuch des Arbeitsrechts
JbSozR	Jahrbuch des Sozialrechts
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JR	Juristische Rundschau
JurA	Juristische Analysen
JurJB	Juristen-Jahrbuch
JW	Juristische Wochenschrift
KaufmG	Kaufmannsgericht
KG	Kammergericht

KJ	Kritische Justiz
KuG	Kirche und Gesellschaft
NdsGVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NZfA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
PrGBL.	Preußisches Gesetzesblatt
PrOTrE	Entscheidungen des Preußischen Königlichen Obertribunals
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
PrOVGE	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RABl.	Reichsarbeitsblatt
RAG	Reichsarbeitsgericht
RFFU	Gewerkschaft „Rundfunk-Fernseh-Film-Union“
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RVA	Reichsversicherungsamt
SchlHolGVBl.	Gesetz und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung
SozF	Sozialer Fortschritt
SR	Soziales Recht
TVVO	Tarifvertragsverordnung
VerwA	Verwaltungsarchiv
WiGBL.	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WWI-Mitteilungen	Zeitschrift des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung

Einleitung

I. Gegenstand der Untersuchung

Der politische Streik beschreibt eine kollektive Arbeitsniederlegung, die nicht ein bestimmtes Verhalten des bestreikten Arbeitgebers bezweckt, sondern ein hoheitliches Verhalten des Staates zum Ziel hat¹. Anders als beim „arbeitsrechtlichen“ Streik fallen Bestreikter (der Arbeitgeber) und Forderungsadressat (der staatliche Entscheidungsträger) auseinander². Vorherrschend wird zwischen dem politischen Erzwingungsstreik und dem politischen Demonstrationsstreik differenziert³. Ersterer beschreibt eine Arbeitsniederlegung, durch die der Wille des staatlichen Entscheidungsträgers tatsächlich gebeugt werden soll⁴. Bei einem politischen Demonstrationsstreik soll dem staatlichen Entscheidungsträger dagegen lediglich die Meinung der Streikenden zu einer hoheitlichen Maßnahme vor Augen geführt werden⁵. Als Abgrenzungskriterium zwischen beiden Formen werden die personelle Reichweite und zeitliche Dauer des Streiks herangezogen⁶. Als erstrebtes staatliches Verhalten kommen hoheitliche Maßnahmen aller drei Gewalten in Betracht⁷. Dagegen liegt ein politischer Streik nicht vor, wenn der Staat in seiner Funktion als öffentlicher Arbeitgeber bestreikt wird⁸.

¹ Brox/Rüthers, Arbeitskampfrecht, 2. Aufl. 1982, S. 20; Ricken, in: Kiel/Lunk/Oetker (Hrsg.), Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, § 266, Rn. 10; Zielke, BB 2003, 1785; Hopfner/Heider, DB 2012, 1684, 1687.

² LAG München vom 19. 12. 1979, Az. 9 Sa 1015/79, EzA GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 35.

³ Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 1099 f.; Otto, Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht, S. 104 f.; Zielke, BB 2003, 1785, 1786; Däubler, in: Däubler (Hrsg.), Arbeitskampfrecht, 4. Aufl. 2017, § 13, Rn. 53; Ricken, in: Kiel/Lunk/Oetker (Hrsg.), Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, § 266, Rn. 10.

⁴ Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 1099; Zielke, BB 2003, 1785, 1786.

⁵ Brox/Rüthers, Arbeitskampfrecht, 2. Aufl. 1982, S. 21; von Maydell, JZ 1980, 431, 432; Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 1100; Zielke, BB 2003, 1785, 1786; Frieling, in: Frieling/Jacobs/Krois (Hrsg.), Arbeitskampfrecht, § 4, Rn. 61.

⁶ Ricken, in: Kiel/Lunk/Oetker (Hrsg.), Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, § 266, Rn. 10; Zielke, BB 2003, 1785, 1786; Däubler, in: Däubler (Hrsg.), Arbeitskampfrecht, 4. Aufl. 2017, § 13, Rn. 53.

⁷ Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 1097; Hopfner/Heider, DB 2012, 1684, 1687; Schaks, in: Stern/Sodan/Möstl (Hrsg.), Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Staatenverbund, § 127, Rn. 41; Linsenmaier/Ahrendt, in: Müller-Glöße/Preis/I. Schmidt (Hrsg.), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, Art. 9 GG, Rn. 141.

Da das Streikrecht heute ganz herrschend als von Art. 9 Abs. 3 GG geschützt angesehen wird⁹, ist die Frage nach der Zulässigkeit politischer Streiks untrennbar mit dem Inhalt und der Reichweite dieser Verfassungsnorm verknüpft. Der Koalitionszweck, dem sämtliche verfassungsrechtlich geschützte Formen der Koalitionsbetätigung dienen müssen, wird in Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG mit „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ umschrieben. Die einzige Form des politischen Streiks, die folglich überhaupt auf Art. 9 Abs. 3 GG gestützt werden könnte, ist der politische Streik zur Herbeiführung oder Unterlassung einer staatlichen Maßnahme auf dem Gebiet der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen. Dass demgegenüber der sog. allgemeinpolitische Streik ohne Bezug zum Themenkomplex der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen – beispielsweise ein Streik gegen eine bestimmte staatliche Außen- oder Klimapolitik – nicht von Art. 9 Abs. 3 GG umfasst sein kann, ist unstrittig¹⁰. Diese Fallgruppe wird in der folgenden Untersuchung daher ausgeklammert. Dasselbe gilt für den politischen Streik als Ausdruck des in Art. 20 Abs. 4 GG normierten Widerstandsrechts¹¹. Die Untersuchung beschränkt sich somit auf den mit dem Koalitionszweck aus Art. 9 Abs. 3 GG in Relation stehenden politischen Streik, der auf die Herbeiführung oder Unterlassung einer staatlichen Maßnahme auf dem Gebiet der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen gerichtet ist.

Ein Blick in die jüngere verfassungsrechtliche und arbeitsrechtliche Literatur zeigt, dass ein politischer Streik in diesem Sinne von der ganz überwiegenden Meinung als unzulässig erachtet wird¹². Auf arbeitskampfrechtlicher Ebene wird ihm insbesondere die Unvereinbarkeit mit dem Grundsatz der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes entgegengehalten¹³. Nach diesem ist ein Streik nur rechtmäßig,

⁸ Zielke, BB 2003, 1785; Kissel, Arbeitskampfrecht, S. 237; Höfling/Burkiczak, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Art. 9, Rn. 126.

⁹ Siehe grundlegend BVerfG vom 26.06.1991, Az. 1 BvR 779/85, BVerfGE 84, 212, Gründe C. I. 1. a.; BAG vom 10.06.1980, Az. 1 AZR 822/79 und Az. 1 AZR 168/79, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 64 und Nr. 65, je Gründe A. I. 2. b.; siehe aus der Literatur nur Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 939; Linsenmaier/Ahrendt, in: Müller-Glöge/Preis/I. Schmidt (Hrsg.), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, Art. 9 GG, Rn. 106; Waas, in: Rolfs/Giesen/Kreikebohm u. a. (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Arbeitsrecht, Art. 9 GG, Rn. 21.

¹⁰ Siehe etwa Otto, Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht, S. 105; Poscher, RdA 2017, 235, 242; Däubler, in: Däubler (Hrsg.), Arbeitskampfrecht, 4. Aufl. 2017, § 13, Rn. 54, 71; Greiner, Rechtsfragen der Koalitions-, Tarif- und Arbeitskampfl pluralität, S. 118.

¹¹ Siehe hierzu Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 1104; zum Widerstandsrecht aus Art. 20 Abs. 4 GG allgemein Grzeszick, in: Dürig/Herzog/Scholz (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, Art. 20 Abs. 4 GG, Rn. 1 ff.

¹² Siehe sogleich S. 39 ff.

¹³ Siehe etwa Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 1097; Kissel, Arbeitskampfrecht, S. 235; Zielke, BB 2003, 1785, 1786 ff.; Otto, Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht, S. 104 ff.; Jarass, in: Jarass/Pieroth (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 9, Rn. 40; Waas, in: Rolfs/Giesen/Kreikebohm u. a. (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Arbeitsrecht, Art. 9 GG, Rn. 36; aus der Rechtsprechung siehe LAG

wenn er den Abschluss eines Tarifvertrages zum Ziel hat¹⁴. Während die Zulässigkeit des politischen Streiks in den frühen Jahren der Bundesrepublik noch kontrovers diskutiert worden war, erscheint dessen Unzulässigkeit aus Sicht der heutigen herrschenden Meinung so eindeutig, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Thematik des politischen Streiks nicht mehr stattfindet. In der Literatur wird häufig in nur wenigen Worten auf dessen Unvereinbarkeit mit dem geltenden Arbeitskampfrecht verwiesen¹⁵. In der Praxis haben politische Streiks in den letzten Jahrzehnten nahezu keine Rolle gespielt¹⁶. Die Forderung nach einem politischen Streikrecht wird von keiner das Tarifgeschehen bestimmenden Gewerkschaft mehr vorgebracht¹⁷.

Angesichts dieses aus heutiger Perspektive eindeutigen Meinungsstandes sollen in dieser Arbeit die dogmatischen Ursprünge der herrschenden Annahme der Unzulässigkeit des politischen Streiks sowie der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes nachverfolgt werden. Die Untersuchung erfolgt aus rechtshistorischer Perspektive; Ausgangspunkt ist die erstmalige Gewährleistung der Koalitions- und Streikfreiheit in der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869. Von dort aus wird chronologisch nachvollzogen, wie weit die Streikfreiheit in den verschiedenen Epochen gefasst und wie insbesondere der politische Streik rechtlich bewertet wurde. Untersucht wird hierbei, wann und aus welchen dogmatischen Überlegungen sich die Tarifbezogenheit des Streiks im deutschen Arbeitskampfrecht etabliert hat. Zugleich wird beleuchtet, welche Gegenmodelle zum herrschenden Arbeitskampsystem im Laufe der Jahrzehnte vertreten wurden und auf welchen Grundannahmen diese beruhten.

Zu diesem Zweck werden in den einzelnen Zeitabschnitten jeweils die zeitgenössische Rechtsprechung und Literatur zur Frage der inhaltlichen Reichweite der Streikfreiheit sowie zum politischen Streik ausgewertet und systematisiert. Dies ermöglicht es, das jeweilige arbeitskampfrechtliche Denken nachzuvollziehen und zu verstehen, warum die einzelnen arbeitskampfrechtlichen Entwicklungsschritte jeweils vollzogen wurden. Es ist ausdrücklich nicht Ziel dieser Arbeit, zur Frage des

München vom 19.12.1979, Az. 9 Sa 1015/79, EzA GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 35; LAG Rheinland-Pfalz vom 05.03.1986, Az. 1 Ta 50/86, NZA 1986, 264 ff.; ArbG Hagen vom 23.01.1991, Az. 1 Ca 66/87, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 118; ArbG Osnabrück vom 04.06.1996, Az. 4 Ga 10/96, NZA-RR 1996, 341 ff.

¹⁴ Siehe nur *Gamillscheg*, Kollektives Arbeitsrecht, Band I, S. 1071; *Otto*, Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht, S. 91.

¹⁵ So etwa *Löwisch/Rieble*, Tarifvertragsgesetz, Grundlagen, Rn. 493; *Lieb*, Arbeitsrecht, Rn. 584; *Kemper*, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, Art. 9, Rn. 202; *Frieling*, in: Frieling/Jacobs/Krois (Hrsg.), Arbeitskampfrecht, § 4, Rn. 54; *Ricken*, in: Kiel/Lunk/Oetker (Hrsg.), Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, § 272, Rn. 39.

¹⁶ Für Beispiele politischer Streiks seit den 1990er Jahren siehe *Däubler*, in: Däubler (Hrsg.), Arbeitskampfrecht, 4. Aufl. 2017, § 13, Rn. 57.

¹⁷ Siehe aber *Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken*, Das politische Streikrecht erkämpfen!, <https://archiv.labournet.de/GewLinke/disk/info/infopolstreik10.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.11.2025).

politischen Streiks und der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes aus heutiger Sicht Stellung zu beziehen.

Unter Geltung des Grundgesetzes liegt der Schwerpunkt der rechtshistorischen Untersuchung auf der Entwicklung der Arbeitskampfdogmatik in der Phase ab den 1950er Jahren bis zum Ende der 1980er Jahre, da hier die entscheidenden Entwicklungsschritte hin zu einem tarifbezogenen Arbeitskampfsystem vollzogen wurden. Denn auch wenn die Befürworter eines politischen Streikrechts ihre Argumentation in den letzten beiden Jahrzehnten auf neuere Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts gestützt haben¹⁸, welche die Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes für einzelne Kampfformen auflockern – zu nennen ist das Unterstützungsstreikurteil des Bundesarbeitsgerichts von 2007¹⁹ sowie im Ausgangspunkt das Beamtenstreikurteil des Bundesverfassungsgerichts von 2018²⁰ –, so griffen sie dabei im Ergebnis dennoch auf bereits bestehende Argumentationslinien zurück, die in den vorherigen Jahrzehnten konstituiert wurden.

II. Stand der Forschung

Während der politische Streik in den 1950er und 1960er Jahren vielfach monographisch behandelt wurde²¹, ist er in den vergangenen Jahrzehnten im arbeitsrechtlichen Bewusstsein auch mangels Anwendungsfällen aus der Praxis in den Hintergrund getreten. Allerdings wurde er erneut in einer im Jahr 2023 veröffentlichten Dissertation thematisiert²². Jene Arbeit unterscheidet sich jedoch bereits in ihrem Ausgangspunkt von der vorliegenden Untersuchung, da sie inhaltlich zur Frage des politischen Streiks Stellung bezieht: Unter Ablehnung der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes spricht sich die Autorin für dessen Zulässigkeit aus.

Die Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes als solche ist hingegen in jüngerer Zeit vermehrt Gegenstand rechtswissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. In jenen Publikationen wird jedoch überwiegend untersucht, ob und inwieweit die durch diesen arbeitskampfrechtlichen Grundsatz herbeigeführte Beschränkung des Streikrechts mit den Vorgaben des internationalen und europäischen Rechts ver-

¹⁸ Siehe auf Grundlage des Unterstützungsstreikurteils etwa *Hayen/Ebert*, AuR 2008, 19 ff.; *Sunnus*, AuR 2008, 1 ff.; zu den Implikationen des Beamtenstreikurteils siehe etwa *T. Klein*, AuR 2018, 479 ff.; *Lörcher*, AuR 2019, 522 ff.

¹⁹ BAG vom 19.06.2007, Az. 1 AZR 396/06, AP GG Art. 9 Arbeitskampf Nr. 173.

²⁰ BVerfG vom 12.06.2018, Az. 2 BvR 1738/12 u. a., BVerfGE 148, 296 ff.

²¹ Siehe etwa *von Roesgen*, Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Streikfreiheit unter besonderer Berücksichtigung des politischen Streiks, Mannheim/Berlin/Leipzig 1952; *Kaiser*, Der politische Streik, Berlin 1955; *Bueckling*, Zur Frage der Rechtmäßigkeit des politischen Streiks, Mayen 1956; *Baur*, Der politische Streik unter besonderer Berücksichtigung der sogenannten Notstandsverfassung von 1968, Würzburg 1969.

²² *Tschenker*, Politischer Streik, Berlin 2023.

einbar ist²³. Demgegenüber widmet sich die vorliegende Arbeit den historischen Ursprüngen der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes im nationalen Recht. Die rechtsdogmatischen Grundlagen der Tarifbezogenheit des Arbeitskampfes sind zwar ebenfalls in einer Dissertation aus dem Jahr 2015 thematisiert worden²⁴, nicht jedoch aus rechtshistorischer Perspektive.

III. Gang der Untersuchung

Zu Beginn der Arbeit erfolgt eine Darstellung des heutigen Meinungsstandes zur Zulässigkeit des politischen Streiks. Anschließend werden die den jeweiligen Meinungen zugrundeliegenden dogmatischen Arbeitskampfverständnisse untersucht (Kapitel 1). Den Schwerpunkt dieser Arbeit bildet sodann die rechtshistorische Untersuchung, wann und wie sich dieser Meinungsstand und die zugrundeliegenden Arbeitskampfverständnisse herausgebildet haben (Kapitel 2). In einem ersten Abschnitt wird die Rechtslage vor Inkrafttreten des Grundgesetzes behandelt und untersucht, wie weit die Streikfreiheit zur Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik gefasst und wie insbesondere der politische Streik rechtlich bewertet wurde (Kapitel 2, Abschnitt A.). Sodann wird die Rechtslage unter Geltung des Grundgesetzes betrachtet und analysiert, wie sich die Debatte um den politischen Streik seit dessen Inkrafttreten entwickelt hat und auf welchen dogmatischen Überlegungen diese Entwicklung beruhte (Kapitel 2, Abschnitt B.). Im Anschluss hieran erfolgt eine Auswertung der historischen Betrachtung (Kapitel 3).

Die Untersuchung erfolgt aus der Perspektive des Arbeitsrechts. Von Art. 9 Abs. 3 GG losgelöste, rein öffentlich-rechtliche sowie strafrechtliche Erwägungen werden lediglich thematisiert, soweit sie Teil der Diskussion um den politischen Streik waren und sind. Gleiches gilt für die Vereinbarkeit des nationalen Arbeitskampfrechts mit Vorgaben des europäischen und internationalen Rechts. Die Untersuchung konzentriert sich ferner auf politische Streiks. Da die politische Aussperrung in der Geschichte der Bundesrepublik keinen Anwendungsfall kennt, wird die Frage der Zulässigkeit politischer Aussperrungen lediglich erörtert, soweit diese als Argument für oder gegen die Zulässigkeit politischer Streiks herangezogen wurde. Entsprechendes gilt für die verwandte Frage nach der Zulässigkeit von Beamtenstreiks.

²³ *Dumke*, Streikrecht i. S. des Art. 6 Nr. 4 ESC und deutsches Arbeitskampfrecht, Frankfurt am Main 2013; *Gooren*, Der Tarifbezug des Arbeitskampfes, Baden-Baden 2014; *Buchholtz*, Streiken im europäischen Grundrechtsgefüge, Tübingen 2014; *Katerndahl*, Tarifverhandlung und Streik als Menschenrechte, Baden-Baden 2017; *Povedano Peramato*, Streikrecht und Arbeitsvölkerrecht, Berlin 2020; *Hauer*, Der Arbeitskampf im nationalen und europäischen Recht, Baden-Baden 2020.

²⁴ *Schansker*, Die Beschränkung des Streikrechts auf tariflich regelbare Ziele, Baden-Baden 2015.